

DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

II-10580 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

7319/1-Pr 1/90

4882 IAB

1990 -03- 27

zu 4953 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 4953/J-NR/1990

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Dillersberger, Mag. Haupt (4953/J), betreffend das Strafverfahren gegen Vizekanzler Dipl.Ing. Josef Riegler, beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Ich verweise auf die einliegenden Kopien der Berichte der Staatsanwaltschaft Wien vom 25.10.1989, 30.10.1989 und vom 10.11. 1989 sowie der Oberstaatsanwaltschaft Wien vom 31.10.1989, 6.11. 1989 und vom 17.11.1989.

Zu 2:

Nach dem Ergebnis der von der Staatsanwaltschaft Wien durchgeführten Erhebungen war die Vizekanzler Dipl.Ing. Josef Riegler angelastete Tat jedenfalls verjährt, weshalb die - lediglich für den Strafaufhebungsgrund der tätigen Reue relevante - Frage der Rechtzeitigkeit der Schadensgutmachung nicht mehr zu prüfen war.

Zu 3:

Die Verjährung stellt einen materiell-rechtlichen Strafaufhebungsgrund dar, der von Amts wegen wahrzunehmen ist und die weitere Verfolgung des einer strafbaren Handlung Verdächtigen hindert. Aus der Zurücklegung einer Anzeige

- 2 -

wegen Verjährung der Tat können keine Rückschlüsse auf den Tatverdacht gezogen werden.

Im übrigen verweise ich auf die im Art.6 Abs.2 MRK normierte Unschuldsvermutung.

26. März 1990



./.. Beilagen



3/89
REPUBLIK ÖSTERREICH
Oberstaatsanwaltschaft Wien

Wien, am 31. Oktober 1989
Museumstraße 12
A-1016 Wien

Briefanschrift
A-1016, Postfach 51

Telefon
0 22 2/96 22-0*

Sachbearbeiter Dr. Bierlein

Klappe 363 (DW)

OStA 24261/89

6/1/2
Seit 20.12
in 12

BUNDES-MINISTERIUM FÜR JUSTIZ	
Eingel.	2. NOV. 1989
40.134/	1fach.
Zahl	3-102/89
	5 B'g.
	4 B'g.

Betrifft: Strafanzeige gegen Vizekanzler Dipl.Ing. Josef
Riegler wegen § 134 Abs. 1 und 3 StGB.

An das

Bundesministerium für Justiz

in Wien

Die Oberstaatsanwaltschaft
Wien beehrt sich, unter Bezugnahme
auf § 8 Abs. 1 StAG den Bericht
der Staatsanwaltschaft Wien
vom 25. Oktober 1989,
15 a St 78662/89, mit dem
Ersuchen um Kenntnisnahme
und dem Bericht vorzulegen,

- 2 -

daß beabsichtigt ist, das von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagene Vorhaben zu genehmigen; darüber hinaus wird jedoch in Aussicht genommen, die Staatsanwaltschaft anzuleiten, auch die Frage der Verjährung in ihre Sachverhaltsprüfung miteinzubeziehen. Denn die in Rede stehende Abfertigung soll - zumindest nach dem Inhalt der vorliegenden Medienberichte (siehe beiliegende Kopie aus der Tageszeitung "Die Presse" vom 19. Oktober 1989) - bereits im Jahr 1983 ausbezahlt worden sein. Hinsichtlich einer allfälligen - nach dem bisherigen Informationsstand erst im Oktober 1989 bekannt gewordenen - Zueignungshandlung, welche nach ha. Auffassung im Sinne des herrschenden (der wirtschaftlichen Betrachtungsweise folgenden) Zueignungsbegriffes objektiv schon bei bloßer (doloser) Kenntnismahme der Gutschrift und Belassung der Summe auf dem Konto bzw. durch Vermengung mit anderen Kontobeträgen (und nicht erst durch einen formalen Verfügungsakt) indiziert erschiene, wäre im Falle der Beendigung des deliktischen Verhaltens vor Beginn der im konkreten Fall Platz greifenden fünfjährigen Verjährungsfrist des § 57 Abs. 3 StGB die Strafbarkeit zufolge Verjährung erloschen. Zur Klärung dieser Frage wird daher auf den Zeitpunkt der Deliktsvollendung (Manifestation der Zueignung) besonderes Augenmerk zu legen sein.

Die Eignung einer irrtümlich erfolgten Gutschrift auf dem Bankkonto als Tatobjekt des § 134 StGB ist nach

- 3 -

ha. Ansicht zu bejahen; hiezu darf auf Mayerhofer-Rieder, StGB³, ENr. 7, Leukauf-Steininger, StGB², RN 12, Bertel in WK, RN 17 f. zu § 134 und SSt 23/57 verwiesen werden.

Der von Kienapfel in BT II, RN 10 zu § 134 vertretenen gegenteiligen Meinung folgt die Oberstaatsanwaltschaft Wien - in Übereinstimmung mit der Judikatur des Obersten Gerichtshofes-nicht.

1 Berichtserstschrift

3 Beilagen

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft:



Oberstaatsanwaltschaft Wien	
Eingel. am 30. OKT. 1989	Uhr _____ Min. _____
fach, mit _____ Beilagen _____	Akt _____
OSIA 24.10.89	

15 a St 73.662/39-1

An die

Oberstaatsanwaltschaft Wien

Betrifft: Strafanzeige gegen Dipl. Ing. Josef RIEGLER wegen § 134 StGB;

Bezug: § 8 StAG;

Berichtsverfasser: Staatsanwalt Dr. Josef REDL;

Anlagen: Kopien der "Neuen Kronen-Zeitung" vom 19.10.1989, "AZ-Tagblatt" vom 19.10.1989 und "Presse" vom 19.10.1989.

Den beiliegenden Medienberichten ist zu entnehmen, daß im Jahre 1983 an Dipl. Ing. Josef RIEGLER seitens der Parlamentsdirektion eine Abfertigung in Höhe von S 737.324,-- ausbezahlt wurde. In diesem Zusammenhang wurde von Dr. Jörg HAIDER der Verdacht einer strafbaren Handlung nach dem § 134 (offenbar Absatz 1 und Absatz 3, zweiter Fall) StGB geäußert.

Es ist beabsichtigt, zunächst eine dringende Stellungnahme der Parlamentsdirektion über den Vorgang anlässlich der Auszahlung der Abfertigungssumme an Dipl. Ing. Josef

- 2 -

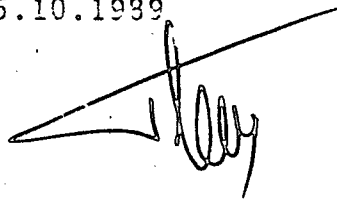
RIEGLER sowie über die Rückzahlung des Betrages (im Hinblick auf § 167 StGB) einzuholen. Nach Einlangen der Stellungnahme werden die Tatbildmäßigkeit und der etwaige Tatort (zur fraglichen Zeit war Dipl. Ing. RIEGLER in Graz wohnhaft und berufstätig) abzuklären sein.

Nach einer Auskunft der Staatsanwaltschaft Graz vom 25.10.1989 ist dort kein Verfahren gegen Dipl. Ing. Josef RIEGLER anhängig.

Staatsanwaltschaft Wien

am 25.10.1989

h



"Neue Kronen-Zeitung"

19.10.1989

POLITIK

zurück © Skepsis, ob jetzt tatsächlich große Reformen kommen

Egon Krenz soll nun der der Krisen-DDR werden!

bisher innehatte: Generalsekretär der SED, Vorsitzender des Staatsrates (Staatschef) und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. Der schwerkranke Honecker geht in Pension. Er muß sich demnächst einer schwierigen Operation wegen Bauchspeicheldrüsenkrebs unterziehen.

In Bonn erklärte Regierungssprecher Klein in einer ersten Reaktion auf den Personalwechsel in der DDR-Führung, es sei zu hoffen, daß damit auch politische Konsequenzen verbunden seien. Klein wiederholte das Angebot von Bundeskanzler Kohl, Reformen in der DDR mit umfassender West-Hilfe zu unterstützen.



Ein Mann mit oliverer Faust: Krenz löst Honecker ab

Trau, schau, was die politischen Parteien wollen die Geldbußen für Journalisten nach dem Medienrecht verdoppeln, wenn sie sogar verdreifachen. Aber keineswegs, um die Aufdeckung weiterer Skandale, wie Lüssow oder Noricum, zu erschweren, beteuern die Volksvertreter. Der tiefere Sinn dieser Reform liege darin, den Persönlichkeitsschutz der Staatsbürger vor übler Nachrede und Verleumdung zu erhöhen. Wie man hört, wie die Parteien von ÖVP und FPÖ etwa der Unterschlagung und Verleumdung bezichtigt werden kann man sie nicht als laienhafte Beispiele für den Persönlichkeitsschutz bezeichnen. Journalisten verschärfen Sanktionen einzufordern, aber über die Stränge zu ziehen, ist das klassische Baby doppelbödiger Moral.

DIETER KINDERMANN

Vizekanzler strengt Klage an © Eine Million S zurückbezahlt

Riesenkrach um Abfertigung: Haider wirft Riegler Unterschlagung vor!

Wien. - Der Parteienstreit um die widerrechtlich ausbezahlte Millionenabfertigung erreichte gestern seinen negativen Höhepunkt: FPÖ-Chef Haider verlangte allen Ernstes, die Staatsanwaltschaft müßte prüfen, ob Vizekanzler Riegler eine Unterschlagung verübt habe. Der ÖVP-Chef selbst ist entschlossen, Haider wegen Verleumdung zu klagen.

Haider untermauerte seine Forderung nach einem Strafverfahren mit einem Kommentar von Justizminister Foregger zum § 134 des Strafgesetzbuches. Demnach mache sich jemand, der ein irrtümlich überwiesenes Guthaben behalte, der Unterschlagung schuldig. Voraussetzung dazu sei aber, wie Justizexperten der „Krone“ erklärten, daß der „Täter“ mit „bösem Vorsatz“ und in „Bereicherungsabsicht“ gehandelt habe. Und das dürfte Riegler, so erste Expertisen, kaum nachgewiesen werden können.

Der Vizekanzler, der sich über Haider's „letztklassige“ Attacke „zutiefst empört“ zeigte, reagierte zweifach:

○ Er nahm einen Kredit auf, um die Abfertigung von 737.324 Schilling samt Zinsen zurückzuzahlen.

○ Er beauftragte seinen Rechtsanwalt, Dr. Heinrich

VON DIETER KINDERMANN

Wille, den FPÖ-Chef wegen verleumderischer Unterstellung zu klagen.

Riegler will in der heutigen ÖVP-Vorstandssitzung, wie er der „Krone“ ankündigte, den auf Eis liegenden Privilegienabbau auftauen:

○ Politiker sollen, wie Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, künftig keine Abfertigung mehr bekommen.

○ Das Gesamteinkommen der Politiker darf, wie geplant, die Höhe eines Ministergehaltes nicht mehr übersteigen.

Im bürgerlichen Lager herrscht jetzt Eiszeit: Riegler erklärte, die Gesprächsfähigkeit zur FPÖ sei vorläufig zerstört. ÖVP-Justizsprecher Graff bezichtigte Haider unter anderem mit der Argumentation der Verleumdung: „Jedem es kann doch passieren, daß er einmal etwas ausbezahlt kriegt und sich denkt – die werden schon wissen, was sie getan haben.“

○ Die Steyr-Werke müssen vorläufig mit keinem Strafverfahren wegen Verdachtes rechnen, weil Panzer an die Golf Front geliefert zu haben. Das teilte stellvertretender Ministerialrat Schöberger aus dem Justizministerium mit.

○ Herbert Fux, Schauspieler und Umweltbeschützer, kehrt jetzt als geordneter in das Parlament zurück. Er wird die ÖVP-Mandatarin Astrid Kury die ihr viertes Kind ersetzen.

○ Robert Lichal, Verteidigungsminister, hat jetzt den Pilotenmangel im Bundesheer ausgemacht. Künftig sollen nicht nur Offiziere, sondern auch Unteroffiziere zum Piloten ausgebildet werden.

○ Nachfahrverbot: Bayern droht

Wien. - Je näher der 1. Dezember rückt, an dem das Nachfahrverbot in Kraft tritt, desto mehr wird Österreich unter Druck gesetzt. Die bayerische Regierung droht jetzt mit Sanktionsmaßnahmen: Österreichische LKW dürfen demnach nicht mehr in der Nacht das sogenannte „Deutsche Eck“ passieren. Dazu Verkehrsminister Streicher: „Es bleibt beim Nachfahrverbot!“

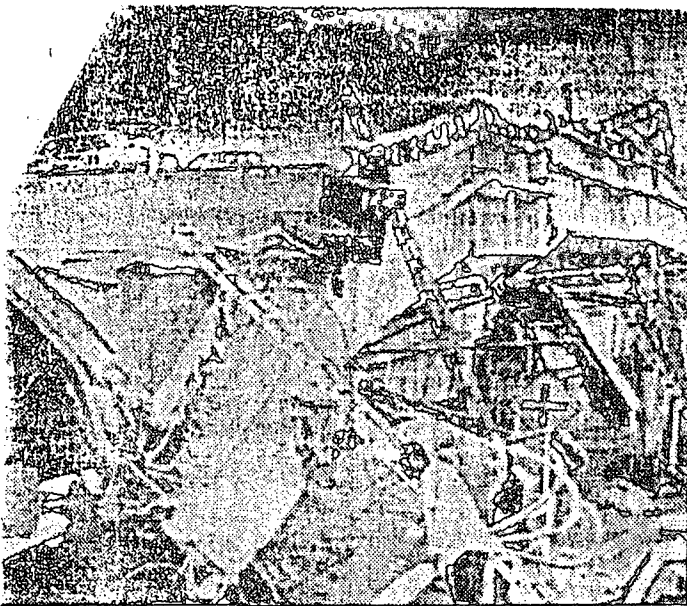
Politik.

AZ / Tagblatt

Waldheim 1943: Viel gewußt, nichts verantwortlich

Nach Hochschulungs-
handlung wurde die
lag aufhebende Ver-
Erl. gewährt. Von 1950
prozess gegen den
Neue Freie Zeitung in
Nordum. Dort ver-
nem die Gegenüber-
in der gegebenen
eine hat gelohnt. So
bei um eine per-
Antragbeurteilung zu
den über den
schäft. Richter
vornehmlich die
gebung, doch
Entscheidung

Minister Busek hat die Einführung einer „Studentenkaution“ geschlagen, der nach Semesterende bei „entsprechendem Studiennachweis“ zurückzuzahlen sei.



ässenterte sich nach dem schweren Erdbeben als unentwirrbare Masse
in zahlreichen Menschen in flachgedrückten Autos.

Funkbild: „Die Presse“/ap (Dexter Dong)

Angst vor Nachbeben

SAN FRANCISCO (mori, ag.). Knapp 300 Menschen dürften in der Nacht auf Mittwoch in Kalifornien beim folgenschwersten Erdbeben seit der großen Katastrophe des Jahres 1906 ums Leben gekommen sein. Die meisten Opfer gab es, als eine zweistöckige Hochautobahn zwischen San Francisco und Oakland in sich zusammenfiel und Hunderte Autos unter sich begrub. Das Gebiet um San Francisco wurde zum Katastrophengebiet erklärt, Präsident George Bush kündigte staatliche Hilfe an. Experten schließen nicht aus, daß das seit Jahren befürchtete „Riesenbeben“ in den kommenden Tagen folgen könnte.

Das Erdbeben der Stärke 6,9 auf der nach oben nicht begrenzten Richterskala hatte sich am Dienstag um 17.04 Uhr Ortszeit ereignet. Das Epizentrum lag in der Nähe

von Santa Cruz, 120 Kilometer südlich von San Francisco, auf der seismologisch gefährlichen San-Andreas-Verwerfung. Erdstöße richteten im Umkreis von 160 Kilometern schwere Schäden an. In dieser Region leben sechs Millionen Menschen.

Da die Telefonleitungen im Katastrophengebiet teilweise unterbrochen waren, war auch Schaden nach dem Erdbeben nicht wie viele Menschen ums Leben gekommen waren. Österreicher sollen sich nach ersten Angaben nicht unter den Opfern befinden.

In den nächsten Tagen dürfte öffentliche Leben in San Francisco und Umgebung völlig zusammenbrechen, da zahlreiche wichtige Straßen und Brücken entweder beschädigt oder aus Sicherheitsgründen gesperrt wurden.

Seiten 3 und 4

Vißheit nach Machtwechsel renz folgt auf Honecker

Die Regierungsspitze hat am Mittwochabend in einer im staatlichen TV verlesenen Rede selbstkritische Töne an und versprach eine Wende. Der Exodus von DDR-Bürgern sei ein „großer Aderlaß“. Die Partei habe die gesellschaftliche Entwicklung nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Das Zentralkomitee werde in Kürze einberufen.

war, ist zuletzt besonders wegen seiner Informationspolitik unter Beschuß geraten.

Honecker hat, wie eine weitere DN-Mitteilung wissen ließ, das K gebeten, ihn aus gesundheitlichen Gründen aus seinen Ämtern zu entlassen. Er selbst hat die Wahl seines Stellvertreters im Amt des Staatsratsvorsitzenden, Konrad Krenz, als Nachfolger vorgeschlagen. Krenz, der auf der internationalen Nachrichtenbörse schon länger als „Kronprinz“ gehandelt worden war, dürfte wie der scheidende Honecker die wichtigsten Machtpositionen auf eine Person vereinigen: Der Generalsekretär der SED ist zugleich Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. An dieser Machtkonzentration hat allem Anschein nach der nunmehrige Machtwechsel nichts geändert.

Krenz gilt als ideologischer Falke. Ihm wurde zeitweilig vorgeworfen, daß er gerne Alkohol trinke. Andere Quellen wollen wissen, daß er schwer zucker-

krank sei. So scheint seine Bestellung mehr auf eine Übergangslösung denn auf einen echten Aufbruch zu Reformen hinzudeuten. Bonn warnte er jedenfalls in seiner Rede vor Einmischung: Dies sei „in höchstem Maße friedensstörend“. Reformen würden in der DDR entschieden.

Die Entmachtung Honeckers und seiner Vertrauten kommt nicht überraschend. Besonders seit der in der Vorwoche offenbar kurzfristig anberaumten Moskareise des SED-Chefideologen Hager haben sich in Ostberlin und Moskau Gerüchte von einem bevorstehenden Machtwechsel in der DDR gemehrt.

Schon Stunden vor der offiziellen Bekanntgabe des Honecker-Rücktritts wurde am Mittwoch in den osteuropäischen Hauptstädten der Name des Nachfolgers bekannt. In Bonn ließ der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt Mittwoch früh erkennen, daß auch er zu den Eingeweihten gehörte. Fortsetzung auf Seite 2

Porträts, Wortlaute Seite 4

Haider: Riegler muß als „Täter“ vor Gericht

WIEN (red.). Vizekanzler Josef Riegler müsse wegen „Unterschlagung“ angezeigt werden und vor Gericht kommen. Sobald gegen ihn gerichtliche Vorverhandlungen eingeleitet werden, müßte er von seinem Amt zurücktreten. Mit dieser Forderung hat gestern FP-Chef Jörg Haider in ein Wespennest gestochen.

Es geht um die widerrechtlich ausbezahlte Abfertigung bei Rieglers Wechsel vom Nationalrat in die steirische Landesregierung 1983. Riegler äußerte sich „zutiefst empört und als Mensch zutiefst betroffen über diesen Stil der hemmungslosen Aggressivität“. Die Gesprächsfähigkeit zu Haider sei, solange diese Angelegenheit nicht ordentlich bereinigt werde, zerstört, sagte Riegler. Haider werde geklagt. Der Vizekanzler hat gestern den Betrag samt Zinsen in Höhe von mehr als einer Million Schilling an die Parlementsverwaltung überwiesen.

Der Kärntner FP-Landeshauptmann bezog sich bei seinem Ruf nach dem Staatsanwalt auf § 134 des Strafgesetzbuches. Demnach sei jemand ein Straftäter, der ein irrtümlich ausbezahltes Guthaben einbehalte, obwohl er wissen müsse, daß es ihm nicht zustehe. Riegler hätte das eben wissen müssen, argumentierte Haider, denn schließlich habe ja die ÖVP die Gesetzesänderung immer als ihren Erfolg reklamiert.

Lexikon, Fortsetzung Seite 5

Mittelstand wehrt sich gegen kürzere Arbeitszeit

WIEN (has.). Die mittelständische Wirtschaft wehrt sich vehement gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen. Diese Regelungen seien ein „heikler Bereich“, erklärte der Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel bei der Präsentation des Mittelstandsberichts der ÖVP-Wirtschaftsbund. Nach einer Verkürzung um ein geringeres Maß werde die Beschäftigung auskömmlich. Die Beschäftigung auskömmlich. Die Beschäftigung auskömmlich. Die Beschäftigung auskömmlich.

Der geltende – „sehr mangelhafte“ – Stromtarif bürde die mittelständische Wirtschaft hingegen ungünstig. Er kündigte eine „Reform“ der Tarifstruktur an. Der Maderthaler drängte in der 3. Steuerreformetappe auf allgemeine Veranlagung und bessere Eigenkapitalausnutzung der Wirtschaft.

Schüssel verwies wiederum eine „Bedrohung der Nahversorgung“ durch Pläne für neue Märkte. Er plädierte für eine „Vergabevernunft“, da die tragenden Vorhaben zusammen genommen einem Drittel der Kaufkraft Österreichs entsprächen. Mittelstandsbericht



REPUBLIK ÖSTERREICH
Oberstaatsanwaltschaft Wien

Wien, am 6. November 1989
Museumstraße 12
A-1016 Wien

Briefanschrift
A-1016, Postfach 51

Telefon
0 22 2/96 22-0*

Sachbearbeiter Dr. Bierlein

OStA 24300/89

Klappe 363 (DW) 31.10. in IV 2

DRINGEND

Eingel.

7. NOV. 1989

or 70-134/4-IV 2/89

Betrifft: Strafanzeige gegen Vizekanzler Dipl.Ing. Josef
Riegler
wegen § 134 Abs. 1 und 3 StGB.

An das

Bundesministerium für Justiz

in W i e n

Die Oberstaatsanwaltschaft Wien
beehrt sich, unter Bezugnahme
auf § 8 Abs. 1 StAG und den
Vorbericht vom 31. Oktober 1989,
OStA 24261/89, den Bericht der
Staatsanwaltschaft Wien vom
30. Oktober 1989, 15 a St 78662/89,
mit dem Ersuchen um Kenntnis-
nahme und dem Bericht vorzulegen,

- 2 -

daß beabsichtigt ist, das seitens der Staatsanwaltschaft vorgeschlagene Vorgehen nach § 90 Abs. 1 StPO derzeit nicht zu genehmigen.

Zunächst kann der Auffassung der Staatsanwaltschaft, wonach der in Rede stehende Sachverhalt mangels Vorliegens eines Irrtums im Bereiche der für die Auszahlung des inkriminierten Entschädigungsbetrages verantwortlichen Beamten der Parlamentsdirektion schon objektiv nicht den Tatbestand der Unterschlagung nach dem § 134 StGB erfülle, nicht gefolgt werden. Denn nach der Aktenlage war den für die Anweisung der Entschädigung gemäß § 14 Abs. 2 Bezügegesetz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr 273/1982 zuständigen Beamten der Parlamentsdirektion zum Zeitpunkt ihrer aktenmäßigen Verfügung am 15. Dezember 1983 nicht bekannt, daß der Angezeigte Dipl.Ing. Riegler am 16. Dezember 1983 zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt werden sollte; da sohin durchaus indiziert erscheint, daß Dipl.Ing. Riegler wegen seiner Wahl zum Abgeordneten der Landesregierung zufolge seines Schreibens an die Hauptwahlbehörde vom 14. Dezember 1983 mit Wirkung vom 27. Dezember 1983 auf sein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat verzichtet hat, ist die Zuerkennung des Anspruchs auf Entschädigung durch die Parlamentsdirektion gemäß § 14 Abs. 2 des Bezügegesetzes zumindest rechtlich bedenklich. Allerdings war Dipl.Ing. Riegler zum Zeitpunkt der Zahlungsanweisung offenbar noch Abgeordneter zum

- 3 -

Nationalrat, sodaß die Frage der Anwendbarkeit des § 14 Abs. 2 Bezügegesetz - wonach eine Entschädigung nicht gebührt, wenn ein Mitglied des Nationalrates wegen seiner Wahl zum Mitglied einer Landesregierung von dieser Funktion ausscheidet - noch einer näheren Prüfung bedürfte.

Abgesehen davon wäre der vorliegende Sachverhalt im Falle einer strafrechtlich relevanten Zueignung der Entschädigungssumme aber dem Tatbild des § 134 StGB zu unterstellen, weil die Zahlungsanweisung in irriger Unkenntnis der Beamten der Parlamentsdirektion über den Umstand der bevorstehenden Wahl von Dipl.Ing. Riegler zur Steiermärkischen Landesregierung stattgefunden hat. Darüber hinaus umfaßt die in Rede stehende Bestimmung aber auch "sonst ohne Zutun" des Täters "in seinen Gewahrsam geratene" Güter, sodaß die Subsumtion eines allfälligen deliktischen Verhaltens jedenfalls unter die angeführte Bestimmung (§ 134 Abs. 1, dritter Deliktsfall) zu erfolgen hätte. Zudem läßt sich nach Meinung der Oberstaatsanwaltschaft Wien an Hand des derzeitigen Ermittlungsstandes entgegen der Auffassung der Staatsanwaltschaft Wien eine verlässliche Aussage zur subjektiven Tatseite (noch) nicht treffen, sondern währendesbezüglich weitere Erhebungen erforderlich.

Im Übrigen ist der Staatsanwaltschaft allerdings beizupflichten, daß das Vorliegen des materiellrechtlichen Strafaufhebungsgrundes der Verjährung nach dem

- 4 -

§ 57 StGB evident erscheint, weil der Auftrag zur Auszahlung des Entschädigungsbetrages bereits am 15. Dezember 1983 seitens der Parlamentsdirektion an das Bundesrechenamt erlassen wurde. Auch diese Frage kann nach ha. Ansicht erst dann verlässlich beantwortet werden, wenn der Zeitpunkt der Verfügungsmöglichkeit über die Summe durch Vizekanzler Dipl.Ing. Riegler zufolge Einlangens auf seinem Konto und Kenntnisnahme von diesem Umstand feststeht. Zwar kann nach der Lebenserfahrung angenommen werden, daß eine allfällige tatbildliche Zueignungshandlung in relativ engem zeitlichen Konnex zur Zahlungsanweisung steht, angesichts des besonderen öffentlichen Interesses an der strafrechtlichen Beurteilung des in Rede stehenden Falles erscheint es jedoch geboten, die Verjährungsfrage eindeutig und zweifelsfrei zu prüfen.

Es wird daher ungeachtet des darüber hinaus indizierten Vorliegens des (weiteren) Strafaufhebungsgrundes der tätigen Reue nach § 167 StGB - Vizekanzler Dipl.Ing. Riegler hat den inkriminierten Betrag samt Zinsen am 18. Oktober 1989 an das Bundesrechenamt in Wien zur Einzahlung gebracht - in Aussicht genommen, die Staatsanwaltschaft Wien anzuleiten (§ 29 Abs. 1 StAG), vorerst durch geeignete staatsanwaltschaftliche Erhebungen (unter Vermeidung der Durchführung gerichtlicher Vorerhebungen), allenfalls durch Befragung des Angezeigten durch Sicherheitsorgane, den Zeitpunkt der faktischen Verfügungsmöglichkeit des Adressaten über den Entschädigungsbetrag zu konkretisieren,

- 5 -

um eine verlässliche Entscheidungsgrundlage zur abschließenden Beurteilung der Verjährungsfrage zu schaffen. Dies insbesondere auch mit Rücksicht darauf, daß die Schadensgutmachung im Sinn des § 167 Abs. 1 Z 1 StGB (erst) am Tage vor der Vornahme der ersten staatsanwalt-schaftlichen Verfügungen (fernmündlich wurde beim Leiter der Staatsanwaltschaft Wien Hofrat Dr. Olscher, erhoben, daß das bezug habende Tagebuch 15 a St 78662/89 am 19. Oktober 1989 aus Anlaß der an diesem Tag erschienenen Medienberichte angelegt wurde) erfolgte und das Kriterium der Rechtzeitigkeit vor allem von Medienberichterstatern in Frage gestellt werden könnte. In diesem Zusammenhang wurde von der zuständigen Sachbearbeiterin der Oberstaatsanwaltschaft Wien bei Hofrat Dr. Olscher ermittelt, daß dieser in seiner Funktion als Behördenleiter erstmals am Nachmittag des 18. Oktober 1989 von einem Redakteur der Wochenzeitschrift "profil" durch Hinweis auf einen zu diesem Thema angeblich im Mittagsjournal dieses Tages ausgestrahlten Bericht mit dem vorliegenden Sachverhaltskomplex konfrontiert wurde.

1 Berichtserstschrift

Beilagenkonvolut

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft:



Oberstaatsanwaltschaft Wien	
Eingel. am - 2. NOV. 1989	Uhr
	Min.
fach, mit Beilagen	Akt
OSIA 24.300/89	

15 a St 78.662/89-6

Dringend

An die

Oberstaatsanwaltschaft Wien

Betrifft: Strafanzeige gegen Dipl.Ing. Josef RIEGLER
wegen § 134 StGB;

Bezug: § 8 StAG; ha. Vorbericht vom 25.10.1989;

Berichtsverfasser: Staatsanwalt Dr. Josef Redl;

Beilagen: Kopien der Eingabe des Rechtsanwaltes
Dr. Heinrich Wille namens seines Mandanten
Dipl.Ing. Josef Riegler vom 27.10.1989.

Die im ha. Vorbericht vom 25.10.1989 vorgeschlagenen Erhebungsschritte sind durch die in der Zwischenzeit eingelangten Unterlagen gegenstandslos geworden. Hieraus ergibt sich folgender Sachverhalt:

Dipl.Ing. Josef Riegler gehörte dem Nationalrat seit 4.11.1975 an; mit Schreiben an die Hauptwahlbehörde vom 14.12.1983 hat Dipl.Ing. Josef Riegler auf sein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat mit Wirkung vom 27.12.1983 verzich-

- 2 -

tet. Am 15.12.1983 stellte die Parlamentsdirektion seine Bezüge als Mitglied des Nationalrates ein und stellte fest, daß ihm gemäß § 14 Absatz 2 des Bezugesgesetzes eine einmalige Entschädigung im 12-fachen Ausmaß des im Monat Dezember 1983 gebührenden Bezuges unter anteilmäßiger Berücksichtigung der Sonderzahlungen zusteht und errechnete die Entschädigung mit S 744.772,-- brutto. Gleichzeitig erging ein diesbezüglicher Zahlungsauftrag an das Bundesrechenamt.

Den anweisenden Beamten war nicht bekannt, daß Dipl.Ing. Riegler am 16.12.1983 zum Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung gewählt werden sollte, weshalb von der Ruhensbestimmung des § 14 Absatz 2 Bezugesgesetz kein Gebrauch gemacht wurde.

Am 18.10.1989 zahlte Dipl.Ing. Josef Riegler den seinerzeit erhaltenen Entschädigungsbetrag samt Zinsen, Gesamthöhe S 929.260,--, an das Bundesrechenamt zurück.

Nach der Auskunft des zuständigen Parlamentsdirektors Dr. Rukser wurde der damalige Amtsvorgang vom damaligen Parlamentsdirektor Dr. Cerny und dem zuständigen Beamten Amtsdirektor Ableidinger durchgeführt. Diesen Beamten war nicht bekannt, daß Dipl.Ing. Riegler am 16.12.1983 in die Steiermärkische Landesregierung gewählt werden sollte. Außerdem sei gerade für den vorliegenden Fall - daß also ein Abgeordneter noch während

- 3 -

seiner Amtszeit als Abgeordneter in eine Landesregierung kommt - der Gesetzeswortlaut unklar.

Daraus ergibt sich, daß die Anweisung des Entschädigungsbetrages durch die Beamten der Parlamentsdirektion an Dipl.Ing. Josef Riegler gewollt und im Bewußtsein der Rechtmäßigkeit vorgenommen wurde. Es kann daher das Verhalten des Dipl.Ing. Josef Riegler - der den ausgezahlten Betrag in der Folge offenbar von seinem Konto abgehoben und verbraucht hat - nicht dem § 134 (Absatz 1 und 3) StGB unterstellt werden, weil bei den Beamten der Parlamentsdirektion kein Irrtum (als ein Verhalten, das durch falsche Vorstellung der Wirklichkeit nicht oder nicht so gewollt war) vorgelegen ist. Noch weniger ist dem Angezeigten der Vorwurf zu machen, im Zeitpunkt der Zueignung bereits gewußt zu haben, daß ihm der angewiesene Betrag nicht zustehe, zumal erst im Jahre 1989 auf Grund einer von der Parlamentsdirektion durchgeführten Überprüfung von ausgezahlten Abfertigungen festgestellt wurde, daß die an Dipl.Ing. Riegler vorgenommene Auszahlung eines Entschädigungsbetrages dem Bezüge gesetz möglicherweise nicht entsprochen hat.

Es wäre jedoch selbst dann, wenn man die Vorgangsweise der Parlamentsdirektion als "Irrtum" im Sinne des § 134 StGB beurteilen und darüber hinaus auch noch einen Bereicherungsvorsatz des Angezeigten für erweisbar

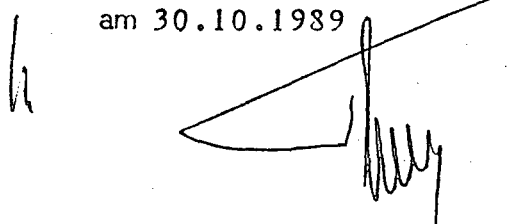
- 4 -

erachten sollte, die Tat nach § 57 Absatz 2 und 3 dritter Satz StGB verjährt, weil die fünfjährige Frist Ende 1988 abgelaufen ist. Die Frage der Strafaufhebung durch tätige Reue muß daher nicht weiter geprüft werden.

Es ist daher beabsichtigt, die Anzeige gegen Dipl.Ing. Josef Riegler gemäß § 90 Absatz 1 StPO zurückzulegen und den Angezeigten und die Parlamentsdirektion hievon zu verständigen.

Staatsanwaltschaft Wien

am 30.10.1989

A handwritten signature, possibly 'H. [unintelligible]', is written over a large diagonal line that extends from the date towards the top right of the page.



REPUBLIC ÖSTERREICH
Oberstaatsanwaltschaft Wien

Dringend

Wien, am 17. November 1989
Museumstraße 12
A-1016 Wien

Briefanschrift
A-1016, Postfach 51

Telefon
0 22 2/96 22-0*

Sachbearbeiter Dr. Bierlein

fach. Klappe 363 (DW)

OStA 24505/89

Wien 17. 11. 1989
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

Eingel. 2 O. 10V. 129

70.134/6-IV 2/89

Betrifft: Strafanzeige gegen Vizekanzler
Dipl.Ing. Josef RIEGLER wegen § 134
Abs. 1 und 3 StGB.

An das

Bundesministerium für Justiz

in W i e n

Die Oberstaatsanwaltschaft

Wien beehrt sich, unter Bezugnahme
auf § 8 Abs. 1 StAG und die
ha. Vorberichte, zuletzt vom
6. November 1989, OStA 24300/89,
den Bericht der Staatsanwaltschaft
Wien vom 10. November 1989, 15 a
St 78662/89, mit dem Ersuchen um

- 2 -

Kenntnisnahme und den Bericht vorzulegen, daß nunmehr beabsichtigt ist, das von der Staatsanwaltschaft Wien in ihrem Bericht vom 30. Oktober 1989 in Aussicht genommene Vorgehen nach dem § 90 Abs. 1 StPO zu genehmigen.

Nach dem Inhalt der in Ablichtung angeschlossenen Auszüge aus dem Konto des Angezeigten Vizekanzler Dipl.Ing. RIEGLER bei der Raiffeisenbank Wien, Zweigstelle Hietzinger Hauptstraße (Nr. 3.023.140) ergibt sich, daß der in Rede stehende Entschädigungsbetrag in der Höhe von 698.458 S (es handelt sich hierbei offensichtlich um die Nettosumme) am 27. Dezember 1983 auf dem angeführten Konto gutgeschrieben und der Betrag in der Folge überwiegend bereits im Jänner 1984, am 15. Februar 1984 zur Gänze behoben war. Die im konkreten Fall Platz greifende fünfjährige Verjährungsfrist des § 57 Abs. 3 StGB ist daher spätestens am 15. Februar 1989 - sohin mehrere Monate vor der erst im Oktober 1989 erfolgten Kenntnis der Strafverfolgungsbehörden vom vorliegenden Sachverhalt - abgelaufen. Da das Strafverfolgungsrecht sohin zum damaligen Zeitpunkt bereits erloschen war (eine allfällige Verlängerung der Verjährungsfrist ist nach Lage des Falles auszuschließen), erübrigt sich eine weitere Prüfung des Vorliegens vor allem der subjektiven Tatbestandserfordernisse des § 134 Abs. 1 StGB.

Die von der Staatsanwaltschaft Wien im erwähnten

- 3 -

Bericht vom 30. Oktober 1989 vorgeschlagene Zurück-
legung der Anzeige gemäß dem § 90 Abs. 1 StPO
entspricht daher auf Grund der nach der Aktenlage
nunmehr eindeutigen Klärung der Verjährungsfrage der
Auffassung der Oberstaatsanwaltschaft zufolge
der Sach- und Rechtslage.

1 Berichtserstschrift

Beilagen

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft:



An die

Oberstaatsanwaltschaft Wien

Oberstaatsanwaltschaft Wien	
Engel am 16. NOV. 1989	15 a St UT 78.662/89-9
fact. mit Beilagen	Akt
OSIA 24.505/89	

Betrifft: Strafanzeige gegen Dipl. Ing. Josef RIEGLER wegen § 134 StGB;

Bezug: § 8 StAG; Vorbericht vom 25.10.1989 und 30.10.1989;

Berichtsverfasser: Staatsanwalt Dr. Josef REDL;

Anlage: Kopie der Eingabe des Rechtsanwaltes Dr. Heinrich WILLE vom 8.11.1989.

Im Nachhang zum Vorbericht

vom 30.10.1989 wird eine Kopie der Eingabe des Rechtsanwaltes

Dr. Heinrich WILLE vom 8.11.1989

samt Kontoauszügen bezüglich des

Kontos des Dipl. Ing. Josef RIEGLER

bei der Raiffeisenbank Wien, Konto-

Nr. 3.023.140, übermittelt. Es er-

gibt sich daraus, daß der Angezeig-

te den ihm im Dezember 1983 ange-

wiesenen Entschädigungsbetrag spä-

testens Mitte Februar 1984 zur Gän-

ze vom genannten Konto abgehoben

und für eigene Zwecke verbraucht

hat. Es ergibt sich somit für

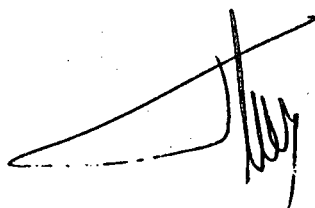
die Frage der Verjährung ein

- 2 -

Ablauf der Verjährungsfrist Mitte Februar 1989.

Staatsanwaltschaft Wien

am 10.11.1989

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, sweeping loop followed by several vertical strokes.